



war noch weit unter 1000 Ziegeln in Betrieb gehalten wurden; gegenwärtig sind es etwa 900. Die Militärstellen begründeten diese Massenstilllegung mit dem Mangel an Kohlen und Arbeitskräften und verwiesen auf die Anordnungen des Reichswohnungskommissars. Aber was hätte doch die in den Stollengewinnungsgebieten lebenden Ziegler im schlechten Umfange arbeiten lassen können, indem man ihnen gelegentlich aus den großen Lagerbeständen der Provinz (zeitweilig mehrere Millionen Tonnen!) Brennmaterial zuwies, zumal dieses doch nicht abtransportiert werden konnte. Ja, dessen sah schematisch die Kohlenmengen für das ganze Zieglergewerbe angewiesen worden, statt nur dort Ziegeln zu lassen, wo reichlich Kohlen lagerten. Wiederholt ist auf diese Mängel verwiesen worden, es löbten sich auch schon Kommunalverwaltungen in den Kohlenbezirken, die stadtteilende Ziegler in eigener Regie betreiben könnten. Nun fehlt es angesichts des Krieges fast vollständig an Ziegeln und die Wohnungsnot erhebt immer drohender ihr Haupt.

Keinmal so liegen die Verhältnisse beim Zement. Auch hier hatten wir vor dem Kriege eine gewaltige Überproduktion, die man durch Eindämmung der Werke und Kontingentierung der Produktion zu beseitigen trachtete. Diesen Bestrebungen glich es in regierungsfreier während des Krieges eingegriffen worden, mit dem Erfolg, daß zahlreiche Werke stillgelegt, die Gesamtproduktion auf ein Maß herabgesetzt wurde, das fast nur den Vorratsbedarf, im weitesten Umfange genommen, deckte. Auch hier ist man ohne die gebührende Rücksicht auf den Wohnungsbau vorgegangen, während man hätte bedenken sollen, daß doch auch die Beschaffung von Wohnungen eine kriegswichtige Notwendigkeit ist. Das umfassende Schließen und Zubereiten von Bauholz aus dem großen nördlichen Forsten ist ebenfalls bereits vor Jahresfrist von Wohnungspolitikern dringlich gefordert worden, als es noch Zeit war, vorzorglich zu sein. Da sollte Arbeitermangel der Erfüllung der Anforderung entgegenstehen. Man kann sich indes wohl vorstellen, daß es keine Unmöglichkeit gewesen wäre, die dringend nötigen Arbeitskräfte vom Seeresdienste freizustellen, wofür gewiß ausreichender Ersatz aus der Unmasse von militärdienstfähigen Personen gestellt werden konnte, die sich in den unzähligen militärischen Amtsstuben im Inlande und in den bestbesetzten Schichten aufhielten. Die sich verschärfende Krise auf dem Wohnungsmarkte ist eben nicht entfernt so beachtet worden, wie sie es im Allgemeininteresse längst verdient.

Dem Wohnungsbau fehlten sich aber nicht nur die militärischen Bauverbote, sondern im steigenden Maße auch die ungeheuerliche Verteuerung der Bauhölzer entgegen! Auf diesem Gebiete hat eine Nutzung der Kriegskonjunktur stattgefunden, die zum Himmel schreit. Ziegelleime (1000 Stück), die vor dem Kriege beispielsweise ab 25—35 Mk. kosteten, erfordern jetzt eine Ausgabe von 64—65 Mk. Zement (10 000 Kilo) kostete vor dem Kriege 250 bis 300 Mk. — manchmal noch weniger wegen des Ueberangebots — jetzt sind 750 Mk. als „Goldpreis“ zu zahlen. Die Zementwerke haben es verstanden, die zuständigen Militärstellen zu immer neuen Preissteigerungen zu bewegen, was in dem sehr erhöhten Zementbedürfnis zum Ausdruck kommt. Kalk, Kies, Glas usw. haben ähnliche, zum Teil noch bedeutendere Preissteigerungen erfahren.

Auch hier ist der Fiskus „bahnbrechend“ vorgegangen. Für einen Kubikmeter Bauholz erlöste er vor dem Kriege im Mittel 50 Mk., der Preis ist mittlerweile auf 170 Mk. gestiegen, um die Konjunktur auszunutzen.

Der Umstand ist, daß vor dem Kriege eine Dreizimmerwohnung etwa 4—5000 Mk. Baukosten erforderte, heute sind es 10—11 000 Mk.! Da sollen billige Kleinwohnungen gebaut werden. Wer kann die Mieten und Zinsen für so ungeheuer verteuerte Bauten aufbringen? Wer übernimmt das Risiko, heute so teuer zu bauen in der Voraussetzung, einige Jahre nach Friedensschluss zu gewiß erheblich billigerem Preis bauen zu können, insofern ein natürlicher Mietpreisunterdruck entleert, der die teuren Bauten enorm entwertet!

Hier soll ein Ausgleich geschaffen werden durch die Abkürzung der jetzigen Uebertreibung der Wohnbauten zu Lasten des Reiches und des Staates. Der Reichstag hat bereits im März d. J. beschlossen, 500 Millionen Mark zu Zwecken des Kleinwohnungsbaues seien aus Reichsmitteln bereit zu stellen. Die preussische Staatsverwaltung will 150 Millionen Mark für den gleichen Zweck hauptsächlich zur Bekleidung als zweite Hypothek hingeben. Die Abkürzung der durch die Preistreiberentstandenen Uebertreibung der Baukosten ist an sich schon ein sehr bedeutende Sache. Aber sei dem wie ihm sei: wenn nun wenigstens praktisch der Wohnungsbau in umfassender Weise in Angriff genommen wäre! In dessen befinden wir uns hier immer noch im Stadium der „Erwägungen“ und des Widerstreits der „Interests“. Wir meinen, mit der Einsetzung eines Reichswohnungskommissars sei der unendliche „Mittanzug“ beseitigt worden, damit nun endlich nach so langer Vorbereitung, wenigstens in den kritischen Siedlungsgebieten die Wohnungsbauten praktisch in die Hand genommen würden. Aber wir leben keine Krieg eines großzügigen Wohnungsbaues, sondern

immer nur noch „Bereitungen“, „Erwägungen“, „Hesitationsfragen“ und dergleichen mehr. Und die Zeit ist sehr nahe, wo Massenwohnungsbau in Stadt und Land nach Unterfunktion verlangt!

Was soll das werden? Wie trägt die Verantwortung für die Verhinderung der kriegswichtigen Wohnungsbauten? Was kann, was soll man überhaupt erreichen, um das Unheil zu verhüten, dessen Größe den unverantwortlichen Verantwortlichen vollständig von weislichen Rohnungspolitikern aller politischen Parteien in unendlichen Besprechungen vor Augen geführt worden ist!

**Die Konjunktur nach dem Kriege.**

Von Dr. Oskar Stillig, Dozent an der Humboldt-Akademie in Berlin.

Auf die Frage, wie sich das geschäftliche Leben nach dem Kriege gestalten wird, gibt es — soweit ich höre — drei typische Antworten: eine optimistische, die behauptet, daß wir nach dem Friedensschluss einem glänzenden Aufschwung entgegengehen, eine pessimistische, die den Gegenteil für wahrscheinlich hält, und eine zwischen beiden stehende, die die kommende Konjunktur von dem Ausgang des Krieges — dem Kriegsergebnis — abhängig macht in der Weise, daß Sieg wirtschaftliche Prosperität, Niederlage aber Krise und dauernde Störung des gesamten Wirtschaftslebens zur Folge haben müsse.

Diese drei Auffassungen sollen zunächst kurz dargelegt werden. Sie beruhen alle nicht auf methodischer Ueberlegung, erfassen nicht das ganze Problem, ignorieren wichtige nationalökonomische Lehren und sind daher für das Konjunkturbedürfnis sämtlich unbefriedigend. Im Anschluss daran will ich versuchen, eine auf wissenschaftlicher Durchdenkung des Problems beruhende Analyse zu geben, die die allgemeinen Bedingungen, von denen die kommende Konjunktur abhängt, erörtert und in deren Rahmen die Spezialbedingungen liegen, die die ökonomische Lage der einzelnen industriellen Branchen bestimmen.

Die zuerst erwähnte Auffassung, daß das Ende des Krieges den Anfang einer industriellen Hochkonjunktur bedeutet, ist in der deutschen Industrie eine weit verbreitete. Es vergeht kaum eine Zusammenkunft von Industriellen, in der nicht der glänzenden Ausblick gedacht wird, die der deutsche Handel und die deutsche Industrie nach dem Kriege erwarten.

Die Argumentation ist eine überraschend einfache: Die Sieger sind geräumt, zahlreiche Güter verbraucht, eine ungeheure Nachfrage ist vorhanden — die Folge wird eine starke Beschäftigung des Handels und aller vorhandenen Produktionszweige sein. Die Bevölkerung hat z. B. keine Schuhe mehr. Sobald die ersten Güter- und Lederlieferungen vom Ausland eintreffen, werden die Schuhfabriken alle Hände voll zu tun haben. Eine große Konjunktur wird eintreten, denn die Bevölkerung braucht Schuhe. Diese Beweisführung ruht auf einer Gedankenkonstellation, die ich die „Wiedererholungstheorie“ nennen will. Sie geht von der an sich richtigen Beobachtung aus, daß der Krieg einen großen Mangel an allen möglichen Waren erzeugt hat und daß der Wiedererwerb dieser Waren nach dem Kriegsende das große Ziel der Wirtschaftsmaschine in rasche Umdrehungen versetzen muß. Kann man aber eine Hochkonjunktur nicht allein durch dringende Nachfrage zustande kommen, sondern es müssen noch weitere Momente da sein, über die man sich in der Praxis zunächst wenig den Kopf zerbricht. Für den Gang der Wirtschaftsmaschine kommt es nämlich auch auf die Beschaffenheit und Leistungsfähigkeit der Produktions- und Transportmittel an, ferner auf die Menge des zur Verfügung stehenden Kapitals, die Höhe der Preise und die Kaufkraft der heimischen Bevölkerung, nicht zuletzt aber auch auf die in einem Lande vorhandenen und ihm fehlenden Rohstoffe für eine Reihe von Industriezweigen, vor allem die Textilindustrie, die Holzindustrie, die Eisenindustrie (in Bezug auf gewisse Erze), die Gummi- und Lederindustrie, die Nahrungsmittelindustrie u. a. Die Frage ausreichenden Bezuges auswärtiger Rohstoffe ist für die Industrie von primärer Bedeutung, denn sonst kann sie ihre Maschinen überhaupt nicht dauernd beschäftigen. Es fragt sich aber, ob wir genug Rohmaterial, das wir entweder zur nicht oder in nicht ausreichendem Maße erzeugen, bekommen werden.

Die pessimistische Auffassung geht vor allem von den Schädigungen des Krieges aus, die wie ein großes Bergwerk die Kriegszeit überdauern und in die kommende Friedenswirtschaft hineinragen werden. Diese Schädigungen sind groß und zahlreich. Am wichtigsten erachtet folgendes: Durch den Krieg hat sich die Zahl der produktiven Elemente der Gesellschaft gewaltig vermindert. Millionen sind gefallen, Millionen infolge von Verletzungen und Krankheiten weniger leistungsfähig geworden. Aber nicht nur die Erzeugung wird infolgedessen kleiner sein als früher, sondern auch der Ertrag. Der Krieg hat Deutschland eine ungeheure Staatsschuld aufgeladen, die starke Steuerbelastungen zur Folge haben muß. Diese betreffen auf die Weise der Produktion nicht ohne Einfluß bleiben. Eine Folge der Einschränkung des wichtigsten Produktionsfaktors und der durch die Steuerlasten bedingten Verteuerung der Lebensführung sowie der Export- und Importminderungen muß die

sein, daß das ganze Wirtschaftsleben unter Druck kommt und nicht aufblühen kann. Man erkennt, daß diese Auffassung auf dem Prinzip der Kontinuität der Wirtschaftsmaschine beruht und daher den Friedenszustand in hohem Maße von den Bedingungen abhängig sein läßt, die durch den Krieg geschaffen werden und sich in ihrer Gesamtheit nicht werden sofort beseitigen lassen. Aber sie überläßt, daß auch mit diesem Moment der Krieg der bewirtschaftungsmechanischen Elemente nicht geschlossen ist und daß man auf seine Bedingungen ohne Rücksicht keine Konjunkturüberträge aufbauen kann.

Die dritte Auffassung mißt den Bedingungen des Friedensvertrages eine entscheidende Bedeutung bei. Sie sieht in dem deutschen Sieg die Garantie für eine gewaltige Entlastung des ganzen deutschen Wirtschaftslebens in Zukunft. Ich habe bereits an anderer Stelle\*) dargelegt, daß diese Folgerung irrtümlich ist. Ein Gemisch als Ausfluß eines deutschen Sieges könnte keine wirtschaftliche Hilfe oder auch nur eine ruhige Weiterentwicklung Deutschlands garantieren. Er würde uns, wie wir das jetzt bereits deutlich im Osten sehen, mit Mienen umgeben, die nach einiger Zeit zur Explosion kommen. Er würde gegnerische Koalitionen zur Folge haben, die den Gedanken einer Abrüstung völlig unvereinbar machen. Das Wirtschaftliche würde als unter dem ungeheuren Druck weiterer Mißtrauensverrichtungen zur Ekstase verurteilt sein. Das kommt dann nach einer perniciösen Beobachtung, die darin besteht, daß siegreiche Kriege in der Vergangenheit keineswegs einen wirtschaftlichen Aufschwung zur Folge gehabt haben. Wo derselbe eintritt, da ist er künstlich durch große Kriegskontributionen erzeugt worden (wie in Deutschland nach 1871, in Japan nach dem Kriege mit China 1895). Der Ausgang eines Krieges kann die Konjunktur nicht prinzipiell, sondern nur graduell beeinflussen.\*\*) Demnach ist auch diese weitverbreitete Auffassung wegen der prinzipiellen und historischen Gründe, die dagegen geführt werden können, nicht geeignet, als Richtschnur zu dienen.

Ich werde nun versuchen, in einer der nächsten Nummern das Problem nach anderen Gesichtspunkten zu behandeln, die aus dem Fiele aller Wissenschaft, der Erkenntnis der Wahrheit, überbringen.

**Vom Weltkriege.**

- Gefahren: sich aus der Zeit.
- Zielefeld: Franz Duxler, Vorsitzender der Zeit.
- Eisenach: Carl Schäfer;
- Helm-Mühlheim: Hans Thiemann, Dozent, Volkshausleiter, Franz, Spinner, Müller, Hans Kücken-
- merke;
- Köln: Carl Galt.
- Über dem: Habelsch

**Gewerkschaftliche Aufgaben.**

„Sie kommen spät, doch sie kommen.“ so dürfte man die meisten Gewerkschaftskreise gesagt haben, als die Kriegskrisis, die die Bergherren die gewerkschaftlichen Organisationen jetzt anerkennt. Die Stunde, in der dieses große Geschehen sich vollzogen hat, ist zu erst, um die Frage zu unteruchen, was denn die Veranlassung gegeben habe. Wo alles in Deutschland mocht, mögen diese wenigen Zeilen nicht allein unter sich bleiben. Es genügt für mich, festzustellen, daß der unermüdlichen Arbeit des Bergarbeiterverbandes der volle Erfolg nicht verfehlt geblieben ist. Man ist sogar soweit gegangen, daß Lohnnachschüsse, die im Dezember eintreten sollten, schon bereits im Oktober verteilt wurden.

Aber nicht nur in Dergheim, sondern auch in der Großeisenindustrie beginnt man unglücklich, wenn eine Notiz des Reichsanwalts Parisien nicht wichtig ist, nach der fälschlich Unternehmern des Bergbaus an die Organisationsleistungen der Arbeitervereine, deren Fortschritt seien, um eine gerechtere Regulierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen. So erstens die Bedingungen an sich sind, so ist es bedauerlich, daß die letzte Not des Krieges erst als Gewerkschaftler dieser Standigungsgebieten zu begreifen ist.

Die Angestelltenbewegung tritt in Deutschland langsam in das Stadium ein, in das sie den Arbeitgebern gegenüber schon längst betreten hat. Die „Arbeiter-Zeitung“ zufolge mit Wagnissen dieses Werkes. Inzwischen beginnt man in diesen Kreisen einzusehen, daß die brutale Gewalt hier nichts mehr hilft, und der Organisationsgedanke in den Kreisen der Angestellten immer mehr an Boden gewinnt. Das gesamte Organisationswesen ist daher, den Wünschen der Angestellten nach Gehör wie bisher zu schenken, insbesondere sollte die Gehaltsfrage eingehend geprüft werden. Daraus will man aber den Anstoß zum Gedanken für die wirtschaftsfriedlichen Organisationen überbringen und wendet hierbei nach und nach auf die Seite, die den modernen Angestelltenorganisationen nach fernsehen.

Der Holzarbeiterverband darf nach seinem hohen erkrankten Geschäftserfolg für das Jahr 1917 auf eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken. Besonders springt die große Zahl der Lohnnachschüssen in die Augen, und wurde selbst das Jahr 1918, das auf diesem Gebiete einen Rekord darstellte, noch übertroffen. Nicht weniger wie 150 000 Arbeiter und Arbeiterinnen ergötzen eine Lohnaufbesserung und 12 500 Personen eine Arbeitsverlängerung. Das Resultat erinnert in seinem Umfang an

\*) Dr. Oskar Stillig: Deutschland Jahrbuch bei einem Weltkrieg und bei einem Notstand. Leipzig 1918. Verlag Buchverlagshaus.

\*\*) Ähnlich in meiner Schrift: „Gehalt mit einer Hochkonjunktur erregt“ Berlin 1916. Industriellenverlag.



